

Presse-Information

Dortmund, 9. April 2015

**Ärzte verordneten Medikamente in 2014 für 3,8 Milliarden Euro: Arzneimittel-Ausgaben in Westfalen-Lippe erneut gestiegen
AOK-Chef befürchtet Kostenlawine durch neue Medikamente**

Dortmund. Die Ausgaben für Arzneimittel sind im vergangenen Jahr in Westfalen-Lippe erneut gestiegen. Die niedergelassenen Ärzte im Land verordneten für die rund 7,2 Millionen gesetzlich Versicherten in Westfalen-Lippe Medikamente im Wert von fast 3,8 Milliarden Euro und damit rund 184 Millionen Euro oder 5,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Insgesamt wurden 81,6 Millionen Arzneimittel-Packungen verordnet. Dies teilte heute die AOK NORDWEST auf Basis der aktuellen Statistiken des GKV-Spitzenverbandes mit. Einen wesentlichen Grund für den Anstieg der Kosten sieht AOK-Vorstandsvorsitzender Martin Litsch in den unangemessen hohen Einführungskosten der Pharmaindustrie für neue Hepatitis C-Präparate. „Hier rollt eine riesige Kostenlawine auf die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zu“, sagte Litsch.

Im Durchschnitt bekam 2014 jeder gesetzlich Versicherte in Westfalen-Lippe Arzneimittel für 524 Euro verordnet. Damit liegt Westfalen-Lippe rund 46 Euro unter dem bundesweiten Wert von 570 Euro. Am teuersten verpreschrieben die Ärzte in Hamburg mit rund 722 Euro pro Kopf und die Mediziner in Mecklenburg-Vorpommern mit rund 707 Euro je Versicherten. Am geringsten war der Pro-Kopf-Wert in Bayern mit 513 Euro. Insgesamt haben die Patienten in Westfalen-Lippe im vergangenen Jahr Zuzahlungen für Arzneimittel in Höhe von fast 229 Millionen Euro geleistet.

Eine wesentliche Ursache für den erneuten Kostenanstieg sieht die AOK NORDWEST in der Einführung neuer, hochpreisiger Hepatitis C-Medikamente. Allein die gesetzlichen Krankenkassen in Westfalen-Lippe haben dafür im vergangenen Jahr mehr als 52 Millionen Euro gezahlt. AOK-Chef Martin Litsch sieht das grundlegende Problem bei der Preisgestaltung solcher und anderer moderner Medikamente nach ihrer Marktzu-

lassung: "Es kann nicht sein, dass Beitragszahler jede Form der Preispolitik von Unternehmen hinnehmen müssen", so Litsch. Einer der Preistreiber ist das Präparat Sovaldi (Sofosbuvir), das seit Januar 2014 in Deutschland zugelassen ist. Das Medikament ist sehr wirksam, da es in vielen Fällen zur Heilung führt und somit eventuelle Folgeerkrankungen verhindert. Doch die Pille ist sehr teuer, pro Stück werden etwa 700 Euro verlangt. Bei einer Therapie von drei Monaten sind das rund 60.000 Euro pro Patient. Auch andere Hersteller orientieren sich mittlerweile an diesem Preis, der vom Hersteller selbst willkürlich festgelegt wurde. Und das ist laut Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG) im ersten Jahr nach der Zulassung sogar erlaubt. Erst ab dem zweiten Jahr gilt der sogenannte Erstattungsbetrag, den der jeweilige Hersteller und die Krankenkassen auf Basis der Nutzenbewertung aushandeln. „Hier muss dringend gesetzlich nachgebessert werden. Der ausgehandelte Erstattungsbetrag muss rückwirkend ab dem ersten Tag nach der Zulassung gelten“, so Litsch.

Weiter forderte der AOK-Chef eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel von 19 auf sieben Prozent. Das würde die Gesetzliche Krankenversicherung bundesweit um etwa drei Milliarden Euro jährlich entlasten. Neben Dänemark und Bulgarien ist Deutschland das einzige Land in der Europäischen Union, das noch den vollen Steuersatz auf Arzneimittel erhebt.

Gesprächspartner für die Medien

Jens Kuschel, Pressesprecher
Kopenhagener Straße 1, 44269 Dortmund
Tel. 0231 4193 -10145, Mobil 01520 1566136
E-Mail: presse@nw.aok.de